2. Zum Sachstand der zugesagten Mitfinanzierung für die Ahrbergenweg-Brücke durch die Investorengruppe JAK

Zu 2.)

Im Zuge der Verhandlungen über den Erschließungsvertrag für das Wohngebiet "Wohnen in der Landschaft" hat der Investor, die Hannoversche Projektentwicklung GmbH - die JAK stellt nunmehr lediglich die Flächen zur Verfügung und erarbeitet die Planungen - erklärt, dass sie auf Grund der "grenzwertigen Wirtschaftlichkeit des Projektes" nicht in der Lage sei, ein Brückenbauwerk oder Rampen für ein Überquerungsbauwerk über die B188neu, Höhe "Ahrbergenweg", herzustellen bzw. die Kosten zu tragen. Der Investor trägt lediglich die Kosten für die Herstellung des Lärmschutzwalles sowie einen Anteil für die Herstellung der "Weserstraße" (hier entsprechend dem Baufortschritt). Des Weiteren wird er einen Unterhaltungsbeitrag für die Grünflächen, die die Stadt übernehmen wird, leisten.

Der Investor steht auf dem Standpunkt, dass im Vorfeld keine Zusagen erfolgten, ein Brückenbauwerk oder Rampen zu erstellen. Bestenfalls sei zugesagt worden, dass beim Bau des Lärmschutzwalles Anrampungen berücksichtigt werden.

Für die Erstellung einer Brücke einschließlich der notwendigen Rampen werden Kosten in Höhe von rd. 500.000,00 € geschätzt. Derzeit ist nicht klar, ob hier Fördermittel akquiriert werden können. Im Moment muss davon ausgegangen werden, dass die Stadt diesen Betrag allein finanzieren muss.

Nach Auffassung der Verwaltung markiert dieser Verhandlungsstand den letzten Schritt, der dem Investor entgegengekommen werden sollte. Bei weiteren Forderungen des Investors sind die Verhandlungen abubrechen.

Herr Haacke, Grundeigentümer einer Teilfläche der verlängerten "Weserstraße" sieht die Übertragung des erforderlichen "Gelenkstücker" "Weserstraße"/"Ahrbergenweg" an die Stadt in Abhängigkeit zu dem o.g. Erschließungsvertrag. Sollte hier keine Einigung erzielt werden können, wird die Stadt ggf. auch ein Enteignungsverfahren betreiben. Der vorgenannte Sachstand ist bereits am 07.02.2008 im Umwelt- und Verkehrsausschuss mitgeteilt worden. Die Verwaltung hat dies dem Investor mitgeteilt.

Ein entsprechendes B-Plan Verfahren soll in Kürze eingeleitet werden. Einen Satzungsbeschluss wird der Rat voraussichtlich nur dann fassen, wenn die Übertragung des genannten "Gelenkstücker" an die Stadt erfolgte und der Erschließungsvertrag abgeschlossen ist. Sollte dieser nicht unterzeichnet werden, wird es auch keinen entsprechenden Satzungsbeschluss zur Bauleitplanung geben.